

Extremismus mit Auslandsbezug

5.1 Mitglieder-Potenzial

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Bundesrepublik Deutschland ¹⁰⁸	2021
Türkische Rechtsextremisten ¹⁰⁹	11.000
PKK	14.500
Türkische Linksextremisten ¹¹⁰	2.550
Summe	28.050

Mitglieder-/Anhänger-Potenzial extremistischer Organisationen mit Auslandsbezug Niedersachsen	2021	2022
Türkische Rechtsextremisten ¹¹¹	700	700
PKK	1.600	1.600
Türkische Linksextremisten ¹¹²	200	200
Summe	2.500	2.500

5.2 Einführung

Unter der Bezeichnung „Extremismus mit Auslandsbezug“ werden in Niedersachsen alle weiteren Erscheinungsformen des Extremismus zusammengefasst, die einen starken Bezug zum Ausland aufweisen, ohne im Zusammenhang mit islamistischen Ideologien zu stehen. Der Extremismus mit Auslandsbezug ist geprägt von einer

108 Die Zahlen des Berichtsjahres des Mitglieder-Potenzials für die Bundesrepublik Deutschland lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Daher werden nur die Zahlen des Vorjahres genannt.

109 Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich seit 2021 nur auf türkische Rechts- bzw. Linksextremisten. Sie weichen daher von den Zahlen der Vorjahre ab.

110 Siehe Fußnote 109.

111 Siehe Fußnote 109.

112 Siehe Fußnote 109.

Vielzahl von Gruppierungen unterschiedlicher Organisationsstruktur und Größe. Im Unterschied zum Islamismus liegt die Zielsetzung dieser Gruppen überwiegend in der Durchsetzung linksextremistischer, separatistischer oder nationalistischer bzw. rassistischer Vorstellungen, die regelmäßig auf radikale Veränderungen der politischen Verhältnisse in den Heimatregionen abzielen. Die Situation im Herkunftsland und dortige aktuelle Entwicklungen erweisen sich dabei regelmäßig sowohl als richtungsweisend für die Intensität des Aktionismus als auch für den Grad des Militanzniveaus in Deutschland. Extremistische türkische und kurdische Gruppierungen bilden in Niedersachsen den Schwerpunkt der Beobachtung.

Die in Deutschland agierenden Gruppierungen werden i. d. R. durch extremistische Ideologien und damit verbundene politisch-strategische Vorgaben aus dem Heimatland gesteuert. Deutschland wird dabei in erster Linie als sicherer Rückzugsraum betrachtet, in dem Geld gesammelt, rekrutiert, mobilisiert und propagiert werden kann und von dem aus gewaltsame Aktionen im Bezugsland vorbereitet werden können. In Abhängigkeit der Entwicklung im Heimatland ist gelegentlich auch mit gewalttätigen Aktionen in Deutschland zu rechnen. Die Propaganda für die jeweilige politische Vorstellung und Mobilisierungsaktionen, etwa für Demonstrationen, gehen Hand in Hand und werden überwiegend über das Internet verbreitet. Soziale Netzwerke und Messenger-Dienste dienen darüber hinaus der Gewinnung neuer Sympathisierender und Mitglieder.

Auch Konflikte zwischen den widerstreitenden ideologischen Gruppierungen treten in Deutschland auf und werden sowohl durch Propaganda als auch durch Gewalttaten sichtbar.

5.3 Aktuelle Entwicklungen im Extremismus mit Auslandsbezug

Schwerpunkt der Beobachtung beim Extremismus mit Auslandsbezug in Niedersachsen bleibt auch im Jahr 2022 die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Wie bereits in den Vorjahren wurden die großen Reizthemen, wie die Sorge um den Gesundheitszustand des in der Türkei lebenslang inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan und das

Vorgehen des türkischen Militärs in den kurdisch besiedelten Gebieten, immer wieder durch die PKK-Anhängerschaft in Deutschland aufgegriffen. Von dem auf der türkischen Insel Imrali seit 1999 inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan fehlt seit vielen Monaten jegliches Lebenszeichen. In einer umfangreich angelegten Kampagne versuchte die PKK auch Europa und die NATO zu einer Ächtung eines mutmaßlichen türkischen Einsatzes von Chemiewaffen gegen Kurden zu bewegen. Eine drohende türkische militärische Bodenoffensive gegen Stellungen des syrischen Arms der PKK im Nordirak und in Syrien entfachte Ende 2022 zudem ein intensives Demonstrationsgeschehen.

Außerdem bleibt auch die Hoffnung der PKK auf Streichung von der EU-Terrorliste und eine Aufhebung des Betätigungsverbots in Deutschland aufgrund ihres jahrelangen Einsatzes für die Anti-IS-Koalition in Syrien und im Irak ein inhaltlicher Schwerpunkt der öffentlichen Aktionen.

Die türkische rechtsextremistische „Ülkücü (Idealisten)-Bewegung“ tritt als sogenannte unorganisierte freie Szene in den Sozialen Medien mit einer nach westeuropäischem Rechtsverständnis nationalistischen und rassistischen Ideologie auf. Sie bildet dabei regelmäßig einen absoluten Gegenpol zu den von „Ülkücü“ als separatistisch empfundenen ethnischen Minderheiten in der Türkei und auch in Deutschland. Die „Ülkücü-Szene“ bildet zusammen mit drei deutschlandweit agierenden Dachverbänden und ihren angeschlossenen regionalen Vereinsstrukturen ein ausgesprochen großes Anhängerpotenzial.

Auch in Deutschland stehen sich die gegensätzlichen türkischen und kurdischen Gruppierungen mit ihren widerstreitenden Ideologien gegenüber.

Seit Jahren führte das militärische Vorgehen der Türkei in den kurdischen Siedlungsgebieten in Syrien und im Nordirak zu massiven Protesten von PKK-Aktivist*innen in Europa und auch zu Spannungen zwischen den Anhänger*innen und Anhängern der rechtsextremistischen „Ülkücü-Bewegung“ und der PKK.

Agitation und auch Konfrontation waren auch 2022 maßgeblich geprägt durch die genannten Reizthemen. Jegliche öffentlichkeitswirksamen Aktionen der PKK-Anhängerschaft laufen Gefahr einer – zumeist spontanen – Kontroverse. Der öffentliche Aktionismus

zeigte sich in 2022 weniger eingeschränkt als noch im Vorjahr; die Entwicklungen bezüglich Corona ließen wieder mehr Veranstaltungen zu. Sowohl die Kommunikation untereinander als auch Konfrontationen zwischen den Gruppierungen nahmen in der digitalen Welt dennoch zu.

Auch linksextremistische türkische Gruppierungen werden vom Niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtet. Die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ („Devrimci Halk Kurtulus Partisi Cephesi“, DHKP-C) kämpft für die proletarische Revolution und die Umwandlung des türkischen Staates in eine marxistisch-leninistische Diktatur. Bei Attentaten, die seit Gründung der DHKP-C (1994) begangen wurden, kamen nach Angaben türkischer Stellen über 200 Menschen ums Leben. In Deutschland wurde die DHKP-C 1998 verboten, seit 2002 wird sie von der Europäischen Union als terroristische Vereinigung gelistet. Trotz des Verbots agiert die DHKP-C bis heute in Deutschland und nutzt dabei die Popularität der Musikgruppe „Grup Yorum“, um ihre Anhängerinnen und Anhänger zu mobilisieren und ideologisch im Sinne der DHKP-C zu indoktrinieren.

Ebenfalls aktiv sind die türkische „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ („Marksist Leninist Komünist Partisi“, MLKP) sowie die „Kommunistische Partei der Türkei/Marxisten-Leninisten“ („Türkiye Komünist Partisi/Marksist Leninist“, TKP/ML). Beide Organisationen bekennen sich zum revolutionären Marxismus-Leninismus und fordern die Zerschlagung des türkischen Staatswesens. Mitglieder der MLKP sind im syrischen Bürgerkrieg im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat im Einsatz, mehrere MLKP-Mitglieder kamen dabei ums Leben.

In Niedersachsen, wie auch im weiteren Bundesgebiet, ist ein stärkeres Auftreten der jeweiligen Jugendorganisationen der linksextremistischen türkischen Gruppierungen zu beobachten. Ziel ist es, eine Anschlussfähigkeit an deutsche linke Gruppen herzustellen, um die eigenen Anliegen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dies geschieht über Themen wie Klimaschutz, Migration oder die Rechte von Minderheiten.

Ausblick

Politische Ereignisse in der Türkei führen weiterhin regelmäßig dazu, dass Deutschland – das seit vielen Jahren in erster Linie von den extremistischen Gruppierungen als sicherer Rückzugsraum gesehen wird – spontan und nachhaltig zum Austragungsort massiven Demonstrationsgeschehens, spontaner gewaltsamer Auseinandersetzungen und von Straftaten wie Blockadeaktionen, Besetzungen, Brandstiftungen oder Sachbeschädigungen werden kann. Allen voran die PKK zeigt trotz propagierter grundsätzlich friedlicher Linie und Gewaltverzicht für Europa, dass sie nach wie vor in der Lage ist, ihre Anhängerschaft spontan zu mobilisieren und zu emotionalisieren. Hierbei zeigte sich schon Ende 2022, dass sich die widerstreitenden Positionen in 2023, dem Jahr der nächsten türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, erheblich verstärken werden.

5.4 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Weitere Bezeichnungen	„Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK)/ „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL)/„Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK)/„Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK)
Sitz/Verbreitung	Nord-Irak, Türkei, Syrien
Gründung/Bestehen seit	1978 in der Türkei
Leitung	Abdullah Öcalan
Mitglieder/Anhänger	Niedersachsen: 1.600 →
Publikationen	Yeni Özgür Politika (Neue Freiheit Politik) (werktätlich) Serxwebun (Unabhängigkeit) (monatlich) Sterka Ciwan (Stern der Jugend)
Sender	u. a. Med Nûçe TV

Kurzportrait/Ziele

1984 rief Abdullah Öcalan, Gründer und unumstrittene Führungsfigur der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistanê, PKK), zum bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf und gründete eine Guerilla, um die Vision eines unabhängigen Kurdenstaates gewaltsam umzusetzen. Seit dem Jahr 2000 nennt sich dieser militärische Arm der PKK nach vielen Umbenennungen „Volksverteidigungskräfte“ (Hêzên Parastina Gel – HPG).

Mit Hilfe ihrer Guerillaverbände agiert die PKK in der Türkei, im Norden Syriens und in der nordirakischen Grenzregion. Durch die Konfrontation zwischen der türkischen Armee und der PKK ist in mehr als 30 Jahren eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt entstanden, die in den kurdischen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten der Türkei zeitweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führte. Erst nach der Verhaftung Öcalans verabschiedete sich die PKK in offiziellen Verlautbarungen von der Errichtung eines eigenständigen Kurdenstaates mit Hilfe des bewaffneten Kampfes, den Öcalan im August 1999 offiziell für beendet erklärte. Dennoch behielt sich die PKK vor, jederzeit wieder auf gewaltsame Mittel zurückzugreifen.

In frühen Jahren setzte die PKK aber nicht nur in der direkten Konfrontation mit dem türkischen Staat auf Gewalt, sondern auch bei Protesten gegen die türkische Politik in Deutschland und Europa. Dem begegnete das Bundesministerium des Innern (BMI) mit Verfügung vom 22.11.1993 mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot für die PKK im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes. Nach einem Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 02.05.2002 wurde die PKK in die Liste terroristischer Organisationen („EU-Terrorliste“) aufgenommen.

Mittlerweile nutzt die PKK Deutschland überwiegend als Rückzugsraum und verzichtet aus diesem Grunde weitgehend auf den Einsatz von Gewalt auf deutschem Boden.

Seitdem die PKK 1999 plakativ von ihrer ursprünglichen politischen Zielsetzung eines souveränen kurdischen Staates abrückte, vertritt sie eine kurdisch-nationalistische Ideologie und strebt offiziell eine politische und kulturelle Autonomie für die Kurden in der Türkei an. Sie propagiert die Etablierung einer nichtstaatlichen und länderübergreifenden, demokratischen Selbstverwaltung der Kurden unter Beachtung existierender Grenzen auf türkischem, teilweise auch auf iranischem, irakischem, syrischem und armenischem Gebiet. Das Ausrufen der „Demokratischen Autonomie“ in den drei syrisch-kurdischen Kantonen Afrin, Cizre und Kobane im Jahr 2014 unter Federführung ihrer syrischen Schwesterorganisation „Partei der Demokratischen Union (PYD)“ war für die PKK ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu dem von ihr angestrebten, nationale Grenzen überschreitenden „Kurdistan“.

Finanzierung

Die Beschaffung von finanziellen Mitteln, vorwiegend durch Spenden, ist nach wie vor eine der Hauptaktivitäten der PKK in Deutschland. Der Propagandaapparat, wie z. B. Fernsehsender, digitale Medien und Publikationen, muss ebenso finanziert werden wie die politischen Kampagnen, die Unterorganisationen und die Guerilla-Armee. Hierzu dient vor allem die jährlich stattfindende sogenannte Spendenkampagne. Im Jahr 2022 lag der Ertrag allein in Deutschland – wie in den letzten Jahren – bei mehreren Millionen Euro. In den letzten zehn Jahren konnte die PKK die jährliche Spendensumme mehr als verdreifachen. Die Spendenbereitschaft der mit der PKK sympathisierenden kurdischen Bevölkerung in Deutschland ist seit Jahren aufgrund der Entwicklungen in der Türkei, in Syrien und im Nordirak gestiegen. Auch die Sorge um den Gesundheitszustand des in der Türkei lebenslang inhaftierten Abdullah Öcalan erhöht die Solidarität und die Bereitschaft, die Organisationsfähigkeit und den Aktionismus der PKK zu finanzieren.

Überdies werden Einkünfte auch durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Zeitschriften und den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten zu Großveranstaltungen erzielt.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

In der Türkei verfolgt die PKK ihre Ziele seit 1984 bis heute mit Waffengewalt. Dies zeigen die bis in das Jahr 2022 andauernden

Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und der PKK-Guerilla sowie terroristische Anschläge in der Türkei.

Propaganda, Rekrutierungen und Finanzierung über Spendeneintreibung sind hierfür entscheidende Vorbereitungshandlungen, die in ganz Europa und damit auch in Deutschland kontinuierlich bis heute vorangetrieben werden. Auch Deutschland war Anfang der 1990er Jahre Schauplatz erheblicher Gewalttaten der PKK. Überfälle und Brandanschläge auf türkische diplomatische Vertretungen, türkische Banken und Reisebüros sowie Geschäfte, Gaststätten und Vereinslokale erfolgten häufig und zum Teil sogar bundesweit im Rahmen konzentrierter Aktionen.

Als Reaktion auf die Gewalttaten in den 1990er Jahren erfolgte 1993 das Betätigungsverbot in Deutschland.

Mittlerweile setzt die Organisation im Rahmen einer Doppelstrategie zwar weiterhin in der Türkei auf Waffengewalt, Deutschland jedoch dient überwiegend als Rückzugsraum. Hier werden Geldmittel gesammelt, für die Parteiarbeit und die Guerilla rekrutiert sowie Propaganda betrieben. Trotz allem zeigt sich die Organisation nach wie vor grundsätzlich bereit, militante Aktionen ihrer Anhänger in Deutschland zumindest zu billigen. Zu nennen sind hier z.B. Auseinandersetzungen mit nationalistischen türkischen Gruppen oder Propagandaaktionen, die aufgrund großer Emotionalisierung in Widerstandshandlungen gegen die Polizei ausufern.

Damit gefährdet die Organisation die innere Sicherheit und auch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland und erfüllt damit die Voraussetzungen für ihre Beobachtung (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 NVerfSchG).



Logo der PKK in Europa;
in Deutschland verboten

Ursprung und Entwicklung

Die PKK wurde am 27.11.1978 von einer Gruppe um Abdullah Öcalan gegründet. Trotz seiner Verhaftung am 15.02.1999 in Nairobi (Kenia) und seiner anschließenden Verurteilung zum Tode wegen Hochverrats in der Türkei, später umgewandelt in eine lebenslange Haftstrafe, gilt Öcalan bis heute als die unumstößliche Führungsfigur der PKK. Angetreten als eine marxistisch-leninistisch-nationalistisch orientierte Organisation mit dem Ziel, einen unabhängigen, sozialistisch ausgerichteten Kurdenstaat zu errichten, führt die PKK auch mit Hilfe schwerster Gewalttaten bis hin zur Tötung von

Menschen einen Guerillakampf gegen türkische Gendarmerie- und Militäreinheiten, aber auch gegen Teile der kurdischen Bevölkerung in der Türkei.

Bereits in ihrem Programm aus dem Jahre 1986 heißt es zur Rolle der Gewalt:

„Ein drittes Charakteristikum dieser Revolution ist, dass sie auf dem Weg über die Mobilisierung der breiten Kräfte des Volkes über einen langandauernden Kampf siegen wird ... Die Methoden des Kampfes basieren notwendig in weitem Umfang auf Gewalt.“

Seit Verkündung des „Friedenskurses“ im Jahr 1999 vollzog die PKK zahlreiche Umstrukturierungen, die auch mit Umbenennungen einhergingen. Auf unterschiedliche Weise wollte sie damit ihre politische Neuausrichtung nach außen dokumentieren. Zugleich versuchte sie sich damit dem internationalen Verfolgungsdruck zu entziehen und sich vom Makel einer Terrororganisation zu befreien. Von 2003 bis 2005 trat die PKK als „Volkskongress Kurdistan“ (Kongra Gelê Kurdistan, KONGRA GEL) auf, seit dem Jahr 2007 unter der Bezeichnung „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistan“ (Koma Civakên Kurdistan, KCK). Die neuen Namen finden zwar Verwendung, sind in der Anhängerschaft aber eher wenig populär.

Organisatorische Strukturen

„Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistan in Europa“ (Kongreya Civakên Demokratîk ên Kurdistanî li Ewropa, KCDK-E)



Der in Belgien ansässige „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft Kurdistan in Europa“ (KCDK-E) bildet die PKK-Europaführung, in die auch die „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (Civata Demokratîk Kurdistan, CDK) als „politischer“ Arm der PKK integriert ist. Die CDK unterliegt in Deutschland ebenfalls dem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot. Die Organisation unterhält ein verzweigtes Netz verdeckt handelnder Funktionäre, die Anordnungen und Vorgaben der Organisationsspitze an die nachgeordneten Hierarchieebenen zur Umsetzung weitergeben. An der Spitze dieser hierarchischen Strukturen stehen Funktionäre, die in der Regel von der PKK-Europaleitung für einen

begrenzten Zeitraum eingesetzt werden. Die unteren Hierarchieebenen sind in umgekehrter Weise regelmäßig berichtspflichtig und zur Selbstkritik aufgefordert.

„Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e. V.“
(Konfederasyona Civakên Kurdistanîyên li Almanya, KON-MED)

Die „Konföderation der Gemeinschaften Kurdistans in Deutschland e. V.“ (KON-MED) nahm bereits unmittelbar nach ihrer Gründung im Mai 2019 die Aufgaben als Dachverband für die der PKK nahestehenden sogenannten Ortsvereine in Deutschland wahr. KON-MED ist in die o. a. europäische Dachorganisation KCDK-E eingebettet. KON-MED gehören mehrere regionale Föderationen an.¹¹³ Die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Föderationen entspricht dabei nicht zwingend den tatsächlichen Grenzen der Bundesländer. Niedersachsen ist ganz überwiegend dem „Demokratischen Gesellschaftszentrum der Kurdinnen in Nord Deutschland e. V.“ (Federasyona Civaka Demokratîk a Kurdistanîyên le Bakûrê Almanya, FED-DEM) mit Sitz in Hamburg zuzurechnen. Lediglich der Bereich Osnabrück findet sich in der Föderation der freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens in NRW e.V. (FED-MED NRW, Federasyone Civakên Azad yên Mezopotamya li NRW) wieder.



¹¹³ Vgl. www.KON-MED.com, abgerufen am 09.02.2021.

Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedient sich die PKK überwiegend der örtlichen Vereine in Deutschland. Diese dienen der PKK-Anhängerschaft als Treffpunkte und Anlaufstellen.

KON-MED initiiert regelmäßig über die Ortsvereine öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich jeweils auf aktuelle Geschehnisse oder bestimmte Jahrestage, etwa den Gründungstag der PKK, beziehen. KON-MED ist nicht vom PKK-Betätigungsverbot betroffen. In Niedersachsen existieren Vereine z. B. in Aurich, Celle, Hannover, Hildesheim, Osnabrück, Peine, Salzgitter, Verden und Walsrode.

Jugendorganisationen

Die Jugend nimmt innerhalb der PKK eine besondere Stellung ein. Sie wird als „Avantgarde des Befreiungskampfes“ betrachtet. Den PKK-Jugendorganisationen kommt daher seit Jahren in Bezug auf Propaganda, Aktionismus und Rekrutierung eine wichtige Rolle zu. Die PKK-Jugendorganisation „Ciwanên Azad“ (Freie Jugend, CA) wurde auf einer europaweiten Jugendversammlung im April 2013 in Troisdorf (Nordrhein-Westfalen) als europäischer Dachverband der PKK-Jugend gegründet. Der Dachverband soll als legaler Verband fungieren und steht dabei neben der viel älteren Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ (Gemeinschaft der Jugendlichen, KC). Beide Organisationen umfassen denselben Personenkreis. Der CA sollen ausschließlich positive Schlagzeilen zugeschrieben werden, KC tritt in Aktion, wenn Negatives öffentlich wird. Am 21.10.2018 wurde ein neuer europaweiter Dachverband jugendlicher PKK-Anhänger namens „Tevgera Ciwanên Şoreşger“ (Bewegung der revolutionären Jugend, TCŞ) gegründet. Die TCŞ scheint den bisherigen europäischen Dachverband der PKK-Jugend CA abzulösen, ohne dass CA bisher tatsächlich aufgelöst wurde.

Am 08.07.2020 berichtete die PKK-nahe Nachrichtenagentur „Ajansa Nûçeyan a Firatê“ (ANF) erstmalig über die Gründung der „Jinen Ciwan en Tekoser“ (Bewegung der jungen kämpferischen Frauen, TEKÖ-JIN) als eigene Organisation für weibliche Jugendliche. TEKÖ-JIN selbst bezieht sich in ihrer Gründungserklärung ideologisch auf die Ideen des PKK-Führers Öcalan.



Aktionen und Kampagnen von jugendlichen PKK-Anhängern im Jahr 2022 wurden von TCŞ und TEKO-JIN initiiert. Diese Aktionen werden einerseits in den eigenen Medien sehr öffentlichkeitswirksam dargestellt. Andererseits ist festzustellen, dass diese Aktionen auch die internationale bzw. überregionale PKK-Anhängerschaft anzieht. Insofern haben zwar die Aktivitäten in Niedersachsen zugenommen, sie wirken sich aber nicht auf das seit einigen Jahren konstante Personenpotenzial aus.

Sonstige Massenorganisationen

Weitere PKK-nahe Massenorganisationen verfolgen das Ziel, den Einfluss der PKK in möglichst allen Segmenten der kurdisch-stämmigen Gemeinschaft zu verankern. In diesem Zusammenhang sind besonders der „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK) sowie der „Verband der studierenden Frauen aus Kurdistan“ (JXK) hervorzuheben, die durch Veranstaltungen oder Aktionen – insbesondere in Universitäten – regelmäßig in Erscheinung treten. Auch auf anderen Gruppen, die als gesellschaftliche Multiplikatoren wirken bzw. in Zukunft wirken könnten, liegt ein besonderes Augenmerk. Entsprechend fungieren die „Union der kurdischen Lehrer“ (YMK), die „Union der Journalisten Kurdistans“ (YRK) sowie die „Union der Juristen Kurdistans“ (YHK). In diesem Zusammenhang ist auch die Etablierung der „Islamischen Gemeinde Kurdistans“ (CIK) als Versuch der Einflussnahme auf kurdisch-stämmige Muslime zu werten. Diese Organisationen sind auch in Niedersachsen aktiv.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Reaktionen der PKK-Anhängerschaft auf türkische Militäroffensiven

Das Jahr 2022 war von verschiedenen militärischen Offensiven der türkischen Armee gegen Stellungen der PKK-Kurden in Nordsyrien und im Nordirak geprägt. Hierbei handelte es sich um die Operationen „Winteradler“ (ab 01.02.2022), „Krallenschloss“ (ab 17.04.2022) sowie „Klauenschwert“ (ab 19.11.2022), die jeweils unmittelbare Reaktionen der PKK-Anhängerschaft in Form von nahezu täglichen demonstrativen Aktivitäten in Europa hervorriefen. In niedersächsischen Städten, u. a. in Aurich, Göttingen, Hannover und Vechta, fanden über das ganze Berichtsjahr verteilt zahlreiche

Protestveranstaltungen statt. Die überwiegende Anzahl der Veranstaltungen verlief bis auf veranstaltungstypische Verstöße gegen das Vereinsgesetz wie dem Skandieren von verbotenen PKK-Parolen oder dem Zeigen von verbotenen Fahnen und Symbolen der PKK störungsfrei. Neben einem sehr starkem Demonstrationsgeschehen war auch eine Vielzahl anderer öffentlichkeitswirksamer Aktionen zu verzeichnen.

Am 20.04.2022 veröffentlichte das PKK-nahe Medienportal „Nûçe Ciwan“ unter Bezugnahme auf die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Türkei und den Grenzgebieten ein Video der Initiative „Kinder des Feuers“, in dem Touristen gewarnt werden, ihren Urlaub in der Türkei zu verbringen. Mit diesem Drohvideo griff die PKK eine Praxis vergangener Jahre auf, durch Warnungen an potenzielle Türkeiurlauber einerseits Medieninteresse zu erzeugen und andererseits die türkische Wirtschaft immens zu schädigen. In dem Video heißt es:

„Nur, damit ihr baden könnt, Nur, damit [ihr das] Wetter genießt; Nur, damit ihr mit euren Liebsten am Strand spazieren könnt, sterben täglich KurdInnen. All das Geld, das ihr ausgeben, wird in ein großes Waffenarsenal investiert, das gegen kurdische Kinder eingesetzt wird und ihre kleinen Körper in tausende Teile zerstückelt. Die Straßen sind blutgetränkt, ein einziges Blutbad. Unsere Häuser, gar ganze Dörfer werden zerstört. ... Mit eurem Geld werden wir getötet. ... Und solltet ihr doch kommen, so müsst ihr wissen, dass wir mit unserem Plan des Niedergangs längst bewiesen haben, dass Touristengegenden unsere Zielscheibe sind. Demnach zielen wir darauf ab, jedes Hotel, das TouristInnen beherbergt, in Brand zu setzen. Nicht nur Hotels, ja, auch Clubs, Bars, Kneipen, Unterhaltungsstätten, Gaststätten und ähnliche Einrichtungen sind niederzubrennen. Wundert euch nicht, wenn es passiert, denn wir wissen: Ihr seid nicht anders als die Soldaten die tagtäglich Assimilationspolitik betreiben und den Völkermord begehen. Schlussendlich werden diese Dinge mit euren Geldern gefördert, sogar erst ermöglicht. Kommt nicht in die Türkei! Und solltet ihr es doch tun, so seid gewappnet. Wir haben es auf euch abgesehen.“

In einer ebenfalls im April über „Nûçe Ciwan“ verbreiteten Erklärung forderte die europäische apoistische Jugendinitiative alle kurdischen Jugendlichen auf, sich im europäischen Gebiet an den Institutionen der als faschistisch deklarierten Türkischen Republik zu rächen und der Guerilla beizutreten. In der Erklärung heißt es u. a.:

„Wir werden jeden Ort, an dem sich die Institutionen des türkischen Staates befinden, in ein Kriegsgebiet verwandeln. ...

Wir freuen uns darauf, die ganze Jugend in den Reihen der Guerilla zu treffen.“

Seit Beginn der Operation „Krallenblitz“ im April 2021¹¹⁴ berichten PKK-nahe Medien, dass die Türkei Chemiewaffen oder verschiedene Arten von verbotenen Bomben (thermobarische oder Phosphorbomben) gegen die Guerilla einsetze.

Nach den Berichten über den intensivierten Einsatz von chemischen Waffen durch die türkische Armee in Kurdistan rief der KCDK-E zu sofortigen Protestaktionen auf, um mögliche Kriegsverbrechen des „Erdoğan-Regimes“ sichtbar zu machen und anzuprangern. Der Europadachverband forderte von Menschenrechtsorganisationen und internationalen Einrichtungen wie der „Organisation für das Verbot von Chemiewaffen“ (OPCW) eine Positionierung zu möglichen Kriegsverbrechen der Türkei.

Das Demonstrationsgeschehen, das sich gegen die türkischen Invasionen richtete, wurde durch das besondere Thema eines angeprangerten Chemiewaffeneinsatzes der Türkei verschärft. Dem Aufruf entsprechend kam es bundesweit zu „Besuchen“ oder „Besetzungen“ von Medienhäusern und Büros politischer Parteien, insbesondere der Partei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“, um politische Forderungen ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken und politische Unterstützung gegen die Türkei zu erwirken:

Eine Personengruppe, u. a. mit der Beteiligung der Kampagne „Women Defend Rojava“ (WDR), besetzte am 21.10.2022 das Regionsbüro der Partei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ in Hannover. Sie forderten ein Gespräch mit einem hochrangigen Parteimitglied, um mit ihm über die aktuelle Lage in Kurdistan und über Maßnahmen für den Frieden und die Achtung der Menschenrechte in der dortigen Region zu sprechen. Nachdem ihnen dieses zugesichert wurde, verließen sie schließlich freiwillig das Regionsbüro. Mit der Aktion wollten die Aktivistinnen und Aktivisten Druck auf „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ ausüben und gegen das Schweigen zum Angriffskrieg der Türkei im Nordirak sowie in Nord- und Ostsyrien protestieren.

¹¹⁴ Vgl. hierzu Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2021, Seite 276f.

Ebenfalls am 21.10.2022 forderte die Hamburger Ortsgruppe der Kampagne WDR die Grünen-Fraktion in Hamburg mit Blick auf die Luftangriffe der Türkei in den Autonomiegebieten Nord- und Ostsyriens sowie in der Kurdistan-Region Irak zum Handeln auf. Die Delegation stattete der grünen Bürgerschaftsfraktion einen Besuch ab und übergab ein Papier mit der Forderung an die Bundesaußenministerin, sich unverzüglich für eine Flugverbotszone in den südlichen und westlichen Teilen Kurdistans einzusetzen.

Am Abend des 24.10.2022 besetzten PKK-Angehörige vorübergehend das ZDF-Gebäude in Berlin. Die Gruppe überreichte Vertretenden des ZDF ein Dossier und legte einen Forderungskatalog vor. Eine ähnliche Aktion des „zivilen Ungehorsams“ fand am 28.10.2022 beim NDR in Hannover statt. Die Teilnehmenden legten Vertretenden des NDR ein Dossier über chemische Waffen vor und forderten, darüber Nachforschungen anzustellen und darüber zu berichten. Die Besetzerinnen und Besetzer erklärten, dass sie nicht eher gehen würden, bis ihre Forderungen akzeptiert seien. Nach einem etwa 30-minütigen Sitzstreik erwirkten sie die Zusicherung von Vertretenden des NDR, das Dossier zum Gegenstand ihrer Nachrichten zu machen.

Göttinger Aktivistinnen und Aktivisten forderten die Bundesregierung am 01.11.2022 auf, die Zusammenarbeit mit der Türkei zu beenden und sich für eine Untersuchung türkischer Kriegsverbrechen einzusetzen. Etwa 15 in weiße Maleranzüge gekleidete Personen zündeten gelbe Rauchbomben am Göttinger Gänseliesel. Auf Flugblättern und einem Transparent mit der Aufschrift „Wir sehen eure Verbrechen – Stoppt den türkischen Einsatz chemischer Waffen in Kurdistan“ prangerten sie den Einsatz von verbotenen chemischen Kampfstoffen an. Eine Sprecherin erklärte zudem, dass sie Teil des Netzwerkes „Women Defend Rojava“ seien.

Ein PKK-Aktivist aus Hannover führte auch die europaweite Großdemonstration unter dem Motto „Stop Chemical Warfare in Kurdistan! #YourSilenceKills“ am 12.11.2022 in Düsseldorf mit knapp 4.000 Teilnehmenden an. Abgesehen von veranstaltungstypischen Straftaten wie dem Zeigen von verbotenen PKK-Symbolen, dem Ausrufen

von PKK-Parolen oder auch dem Abbrennen von Pyrotechnik verlief die Demonstration störungsfrei.

Am 14.11.2022 erfolgte in Hannover eine spontane Protestaktion von etwa zehn Teilnehmenden. Ein Plakat mit der Aufschrift „Wir sehen eure Verbrechen. Stoppt den Krieg mit Chemiewaffen“ wurde gezeigt und kurdische Parolen gerufen. Die Teilnehmenden blockierten für circa zehn Minuten die Straße vor dem türkischen Generalkonsulat. Auch das türkische Außenministerium wies in einer Verbalnote vom 23.12.2022 auf diesen Vorfall hin.

Am 19.11.2022 nutzte die Anhängerschaft der Organisationen TekoJIN und TCŞ die Landesmitgliederversammlung der Hamburger Partei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“, um auf die aktuelle Situation in Kurdistan und die mutmaßlichen Giftgasangriffe des türkischen Staates gegen die Kämpferinnen und Kämpfer der Guerilla aufmerksam zu machen. Die Bundesregierung solle dazu bewegt werden, einen Antrag zur Untersuchung der Kriegsverbrechen mit chemischen Waffen in der Region an die OPCW zu stellen. Im Zuge der Aktion wurden rauchentwickelnde Mittel genutzt, um die Teilnehmenden der Versammlung auf die Folgen von Giftgas aufmerksam zu machen.¹¹⁵

Unmittelbar nach Bekanntwerden der bisher letzten türkischen Militäroffensive, der Operation „Klauenschwert“ ab dem 19.11.2022, protestierte die PKK-Anhängerschaft wiederum ganz massiv und europaweit. Laut Berichterstattung der PKK-nahen Nachrichtenagenturen ANF und „Nüce Ciwan“ soll sich die Wut der Demonstrierenden dabei auch gegen die USA, Russland und die Regierungen Europas gerichtet haben, da diese u. a. den Luftraum in Nordsyrien zu kontrollieren und die grenzüberschreitende Luftoperation hätten genehmigt haben müssen. Neben Demonstrationen und Farbschmierereien wurden deutschlandweit wiederum Parteibüros aufgesucht. Beispielsweise besuchten Aktivistinnen und Aktivisten am 23.11.2022 die Göttinger Büros der

¹¹⁵ Vgl. „Chemiewaffen: Hamburger Grüne zum Handeln aufgefordert“, veröffentlicht auf der Internetseite der Nachrichtenagentur Firat News am 19.11.2022 und „TekoJIN und TCŞ Hamburg machten heute bei der Landesmitgliederversammlung der Partei die Grünen auf Chemiewaffen aufmerksam“, veröffentlicht auf der Internetseite von Nüce Ciwan am 20.11.2022.

Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD und überreichten einen Forderungskatalog. Am 25.11.2022 wurde erneut das Göttinger Büro der SPD von rund 40 Aktivistinnen und Aktivisten für etwa eine Stunde besetzt. Sie entrollten Transparente und Fahnen kurdischer Milizen. Eine Sprecherin erklärte:

„Wir haben den Lokalbüros von SPD und Grünen vor einigen Tagen unsere konkreten Forderungen übergeben und als Antworten nur Phrasen bekommen; deshalb machen wir nun deutlich, dass wir uns nicht so einfach abwimmeln lassen.“

(Internetseiten der Nachrichtenagenturen ANF und „Nüce Ciwan“, jeweils veröffentlicht am 25.11.2022)

Daraufhin verurteilte die SPD Göttingen die aktuellen Angriffe der türkischen Regierung. Auch das Parteibüro der Partei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ in Göttingen wurde am 01.12.2022 erneut „besetzt“. Aktivistinnen und Aktivisten u. a. der Kampagne WDR überreichten dem Lokalverband ein ausführliches Dossier mit Hintergrundinformationen und forderten die Partei erneut zu konsequentem Handeln auf.

In Göttingen versammelten sich am 30.11.2022 im Rahmen der ausgerufenen Aktionstage rund 40 Personen vor der Jakobikirche. An einer Wäscheleine hingen Fotos einiger Opfer chemischer Angriffe. Eine Person war mit einer Atemschutzmaske ausgestattet und es stieg gelber Rauch auf.

In Braunschweig wurde ein sogenanntes Die-In¹¹⁶ vor dem Büro der Partei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ durchgeführt. Die Teilnehmenden waren mit weißen Schutzanzügen, Atemschutzmasken und gelbem Rauch ausgestattet. Die Forderung war, dass die Grünen als Regierungspartei, die sich mit einer angeblich „feministischen Außenpolitik“ schmückt, die Verantwortung haben, sich gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ihres NATO-Partners zu stellen, anstatt diesen weiterhin als legitimen Verhandlungspartner zu behandeln und mit Waffen zu beliefern.

¹¹⁶ Hierbei handelt es sich um eine gewaltfreie Aktion, bei der sich die Teilnehmenden anlassbezogen gekleidet haben, sich plötzlich auf den Boden werfen und totstellen, um so auf ein politisches Problem aufmerksam zu machen.

Die Bürgersprechstunde der Celler Bündnisgrünen nutzten PKK-Anhängerinnen und -Anhänger am 02.12.2022, um dort für ein konsequentes Handeln der Bundesregierung gegen die laufenden Angriffe der türkischen Armee auf Gebiete in Nord- und Ostsyrien und im Irak zu werben.

Viele der Proteste wurden zusätzlich durch die aktuelle Situation des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan geschürt. Aufgrund seiner strikten Isolation seit mehr als 20 Monaten fehlt jegliches Lebenszeichen. Im September 2022 besuchte das Europäische Komitee zur Verhinderung von Folter (CPT) die Gefängnisinsel Imrali, auf der Öcalan seine lebenslange Haft verbüßt. Dass Öcalan kein Gespräch mit dem Komitee führen konnte, verstärkte die Proteste weiter. Jugendliche und junge Frauen in Deutschland, der Schweiz, England, Österreich und Frankreich waren aufgerufen, am 17.12.2022 für die Freilassung Öcalans „auf die Straße zu gehen“.

In Hannover demonstrierten bis zu 150 Personen unter dem Motto „Freiheit für Öcalan und alle politischen Gefangenen“, darunter auch PKK-Anhängende aus Berlin, Hamburg und Stuttgart. Das Ersuchen der Versammlungsleiterin, vor dem türkischen Generalkonsulat eine 30-minütige Zwischenkundgebung abzuhalten, wurde von der Polizei aufgrund des PKK-Bezuges der Versammlung abgelehnt. Während der Versammlung wurden immer wieder verbotene Symbole gezeigt. Auch traten und schlugen mehrere Teilnehmende auf verkehrsbedingt wartende Kraftfahrzeuge ein. Sofern die Polizei eingreifen musste, führte dies immer wieder zur Solidarisierung durch andere Teilnehmende. Durch einen tätlichen Angriff wurde ein Einsatzbeamter leicht verletzt. Eine Person ist festgenommen worden.

Am 24.11.2022 stellte die Büroleitung der SPD Hameln-Pyrmont an ihrem Parteibüro in Hameln folgende großflächige Farbschmierereien



fest: „Ihr haltet Erdogan den Rücken frei“ und „Defend Rojava“. Täterhinweise liegen bislang noch nicht vor.

Bundesverwaltungsgericht bestätigt Verbot von Teilorganisationen der PKK

Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verbot zweier kurdischer Firmen als Teilorganisationen der PKK mit Urteil vom 16.01.2022 bestätigt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH und die MIR Multimedia GmbH personell, finanziell und organisatorisch mit der verbotenen PKK verflochten waren. Das Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) hatte beide Einrichtungen mit Verfügung vom 01.02.2019 verboten und aufgelöst.

Die Geschäftstätigkeit des Mezopotamien Verlages war nach Überzeugung des Gerichtes auf den Vertrieb von PKK-Propagandamaterial ausgerichtet gewesen. Dies belegten eine Vielzahl von entsprechenden Büchern, Zeitschriften und Devotionalien. Zudem habe der Verlag finanzielle Zuschüsse von der Europaführung der PKK erhalten und sei dieser rechenschaftspflichtig gewesen. Etwas anders beurteilte das Gericht die MIR Multimedia GmbH, die Künstlerinnen und Künstler vermittelte und Tonträger verkaufte. Deren Geschäftstätigkeit sei nicht „PKK-spezifisch gewesen“. Allerdings habe sie mit ihren Einnahmen PKK-Veranstaltungen gesponsert. Die Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH und die MIR Multimedia GmbH hatten dieselbe Firmenanschrift in Neuss (NRW) sowie denselben Geschäftsführer und Alleingesellschafter. Dieses war nach Überzeugung des Gerichtes ein höherer Kader der PKK.

Das Bundesverwaltungsgericht folgte im Wesentlichen der Einschätzung des BMI. Mit der Entscheidung des Gerichtes ist das Verbot rechtskräftig.

Festnahme eines Funktionärs aus Hannover in Nürnberg

Am 22.12.2022 nahmen Beamte des Landeskriminalamtes Bayern den ehemaligen Co-Vorsitzenden der KON-MED aus Hannover aufgrund eines Haftbefehls des Oberlandesgerichts München in Nürnberg fest. Die Generalstaatsanwaltschaft München führt ein Ermittlungsverfahren nach §§ 129a, 129b StGB wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft in oder Unterstützung der PKK gegen den

Funktionär. Dem Beschuldigten wird vorgeworfen, seit mindestens Juni 2021 als PKK-Funktionär in Bayern tätig gewesen zu sein. In Nürnberg wurden eine Wohnung und die Vereinsräumlichkeiten des dortigen Medya Volkshaus e.V. durchsucht. Außerdem erfolgte eine polizeiliche Durchsuchung der Privatwohnung in Hannover.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die PKK zeigt sich noch immer als die mitgliederstärkste nichtislamistische extremistische Ausländerorganisation in Deutschland. Es wird deutlich, dass die PKK weiterhin in der Lage ist, schlagkräftig aufzutreten und – bei entsprechendem Anlass – auch Personen weit über die aktive Anhängerschaft hinaus zu mobilisieren.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der PKK in Europa sind auf die logistische, finanzielle und propagandistische Unterstützung des Kampfes in der Heimat (Türkei, Syrien und Nordirak) ausgerichtet. Die Beschaffung finanzieller Mittel für die Ausrüstung und Bewaffnung des militärischen Arms, für die Unterhaltung des Parteiapparates und seiner medialen Plattformen sowie die Parteiaktivitäten bleibt daher in Europa und insbesondere in Deutschland auf allen Organisationsebenen vordringlichste Aufgabe.

Die Lage der Kurden in der Türkei, den kurdischen Gebieten im Irak und in Syrien sowie die Situation des inhaftierten Abdullah Öcalan haben seit langem Einfluss auf die Sicherheitslage in Deutschland. Trotz der inzwischen 23 Jahre andauernden Inhaftierung bleibt Öcalan Führungsfigur und Leitmotiv der PKK. Die emotionalen Protestaktionen der letzten Jahre zeigen, wie unmittelbar der Konflikt in den Heimatregionen von den Kurden auch in Deutschland wahrgenommen und bewertet wird. Das künftige Verhalten der PKK-Anhängerinnen und -Anhänger hängt daher ganz wesentlich von der weiteren Entwicklung dort ab. Das Jahr 2022 hat gezeigt, dass das politische und militärische Agieren der Türkei gegenüber der PKK nicht an Schärfe verloren hat. Staatspräsident Erdoğan stellt sich mit Vehemenz der PKK entgegen und sichert sich damit weiterhin Akzeptanz und Ansehen bei einem Großteil der türkischen Bevölkerung, dies auch in Zeiten innenpolitischer, vor allem wirtschaftlicher Probleme und, für ihn von besonderer Bedeutung, vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2023.

In Abhängigkeit von der Situation im Heimatland bewegt sich in der Bundesrepublik Deutschland sowohl das Risiko gewalttätiger Auseinandersetzungen mit nationalistischen/rechtsextremistischen Türken als auch das Risiko gewalttätiger Angriffe von PKK-Anhängerinnen und -Anhängern auf türkische Einrichtungen. Wird es 2023 weitere militärische Offensiven der türkischen Armee in Nordsyrien und im Nordirak geben, so muss auch mit weiteren Demonstrationen und Aktionen gerechnet werden. Insbesondere beim Aufeinandertreffen von Personen aus dem (nationalistischen) türkischen und Personen aus dem kurdisch-stämmigen Lager kann es aufgrund der hohen Emotionalisierung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen. Auch Besetzungsaktionen, Brandanschläge und Sachbeschädigungen an Gebäuden türkischer Einrichtungen können lageabhängig nicht ausgeschlossen werden. Mit Solidaritätsaktionen und Resonanzstraftaten von deutschen Linksextremisten ist ebenfalls zu rechnen. Grundsätzlich ist dabei in Deutschland von einem friedlichen Protestverlauf auszugehen, denn die PKK propagiert die Beibehaltung einer friedlichen Linie in Europa.

Vor diesem Hintergrund bedürfen die aktuellen Entwicklungen insbesondere hinsichtlich einer möglichen weitergehenden Tendenz zur Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung auch weiterhin der intensiven nachrichtendienstlichen Beobachtung.

5.5 Ülkücü-Bewegung

Sitz/Verbreitung	Türkei
Gründung/ Bestehen seit	Mitte des 20. Jahrhunderts
Mitglieder/Anhänger	Niedersachsen: 700 →

Kurzportrait/Ziele

Die rechtsextreme türkische „Ülkücü (Idealisten)-Bewegung“, umgangssprachlich auch „Graue Wölfe“ (Bozkurtlar) genannt, wurde 1968 von Alparslan Türkeş (1917-1997) gegründet und versteht sich als außerparlamentarischer Arm der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ („Milliyetçi Hareket Partisi“ – MHP). Sie fußt auf einer nationalistischen und rassistischen Ideologie, deren Wurzeln im Panturkismus bzw. Turanismus¹¹⁷ liegen. Die Überhöhung des türkischen Volkes geht mit einer gleichzeitig ausgeprägten Abwertung anderer Ethnien, Staaten und Religionen, vor allem von Angehörigen des jüdischen Glaubens, des Staates Israel und der Armenier, einher. Kurden bilden ein weiteres stark ausgeprägtes Feindbild, ebenso die Griechen. Kommunismus und Kapitalismus werden zu Gunsten eines dritten Weges abgelehnt. Ziel der extrem nationalistisch, antisemitisch, rassistisch und rechtsextremistisch ausgerichteten Bewegung ist der Schutz des Türkentums sowie eine alle Turkvölker in einem homogenen „Großtürkischen Reich“ namens „Turan“ vom Balkan bis nach Westchina vereinende Nation.

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Bei der „Ülkücü-Bewegung“ handelt es sich aufgrund ihres stark überhöhten Nationalismus in Verbindung mit der Abwertung anderer Ethnien um eine Bestrebung, die gegen den grundgesetzlich garantierten Gleichheitsgrundsatz verstößt und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richtet. Sie erfüllt damit die Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und 4 NVerfSchG). Ihre Ideologie zeigt sich nach außen durch Symbole wie die „Drei-Halbmondfahnen“, den „Grauen Wolf“ (Bozkurt) und den „Wolfsgruß“.

Politische Ereignisse im Heimatland Türkei führen regelmäßig zu hoch emotionalen Reaktionen, auch in der Bundesrepublik Deutschland. Gewaltaktionen, z. B. gegen PKK-Anhänger, aber auch gewalttätiger Widerstand gegen die Polizei im Rahmen von Demonstrationen, erfolgen immer wieder situativ und spontan, sind aber bisher



Logo der Ülkücü-Bewegung

¹¹⁷ Die Ideologie entstand im 19. Jahrhundert und verfolgt das Ziel, alle turksprachigen Völker in einen einzigen Staat zusammenzuschließen.

insgesamt eher überschaubar. Bei der „Ülkücü-Bewegung“ handelt es sich in all ihren Ausprägungen um eine verfassungsfeindliche Bestrebung.

Ideologie

Das ideologische Fundament der „Ülkücü“-Lehre bildet die 9-Strahlen-Doktrin, verfasst von Alparslan Türkeş im Jahr 1965. Die Strahlen symbolisieren dabei die Theorien des Nationalismus, Idealismus, Moralismus, traditionelle Wissenschaftlichkeit, Soziabilität, Förderung der Landwirtschaft, Freiheit und Individualismus, Volksnähe, Förderung der nationalen Industrie und der Technik. Aufbauend auf die Doktrin entwickelte sich in der „Ülkücü-Bewegung“ eine Grundhaltung und Idealvorstellung, die sich auf fast alle Lebensbereiche erstreckt. Sie stellt eine Lebensphilosophie dar, nach der „Ülkücü“-Anhängerinnen und -Anhänger zu leben haben. Die totale Identifikation mit der Nation, dem türkischen Staat sowie der Religion wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Ein weiteres Kriterium ist die Absicht, ein „Großtürkisches Reich“¹¹⁸ zu errichten, den sogenannten „Turan“. Danach soll ein Volk (das Türkentum) herrschen, mit einer Sprache (das Türkisch), unter derselben Flagge (die drei Halbmonde) und auf demselben Territorium (dem „Großtürkischen Reich“). Dabei sind die Überhöhung des Türkentums, des türkischen Charakters und des Kampfes gegen Separatisten wichtige Elemente. Eine rassistische Sichtweise bestärkt das nationale Bewusstsein und ist ein wesentlicher Bestandteil der Ideologie.

Die „Ülkücü“-Anhängerinnen und -Anhänger leben nach einem totalitären Normverständnis, nach dem allen Menschen anderer Ethnien, insbesondere Kurden, Angehörige des jüdischen Glaubens, Armenier und Griechen oder anderer Minderheiten in der Türkei weder Akzeptanz noch Respekt gewährt werden. Hass und Gewalt gegenüber fremden Gruppierungen werden als legitim betrachtet. In der Praxis folgt daraus eine ständige Gewaltbereitschaft gegenüber

¹¹⁸ Das „Großtürkische Reich Turan“ umfasst folgende Regionen: Altai, Aserbaidschan, Baschkortostan, Chakassien, Dagestan, Gagausien, Kabardino-Balkarien, Karakalpakstan, Karatschai, Kasachstan, Kirgistan, Krim, Nordzypern, Ostturkistan, Tataristan, Tschuwaschien, Turkmenistan, Tuwa, Türkei, Usbekistan und Yakutistan (Quelle: Selbstdarstellung auf turanhaberajansi.org).

den „Feinden“, die insbesondere bei den jungen Anhängerinnen und Anhängern und im Internet zu Tage tritt.

Auch eine antidemokratische Grundhaltung mit gezielter Propaganda gegen „Linke“, Sozialisten, Kommunisten sowie demokratische Institutionen gehört zur typischen Denkweise. Diese Ideologie verstößt nicht nur gegen den Gleichheitsgrundsatz, sondern wirkt einer Integration türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft entgegen.

Struktur

Die „Ülkücü-Bewegung“ ist in Deutschland in drei Dachverbänden organisiert. Der größte „Ülkücü“-Dachverband ist die 1978 gegründete „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“, ADÜTDF).

Sie versteht sich als Auslandsvertretung der MHP. Die MHP wurde 1969 ebenfalls durch Alparslan Türkeş gegründet und ist auf Nationalismus und Turanismus ausgerichtet. Türkeş wird von den Anhängern der ADÜTDF bis in die Gegenwart hoch verehrt. Die ADÜTDF pflegt eine Anti-EU-Rhetorik und agitiert vehement gegen die PKK. Seit 2018 besteht ein Wahlbündnis der MHP mit der vom türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan angeführten „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ („Adalet ve Kalkınma Partisi“, AKP), wodurch beide Parteien zusammen die Mehrheit im türkischen Parlament stellen.

Die ADÜTDF mit Sitz in Frankfurt am Main teilt sich in ihrer Organisationsstruktur in Deutschland in mehrere Bölge (Gebiete) auf. Niedersachsen gehört zum Bölge Nord. Aktive Vereine existieren in Salzgitter, Braunschweig, Hannover und Osnabrück. Im bundesweiten Vergleich bildet Niedersachsen keinen Schwerpunkt der Aktivitäten. Auf europäischer Ebene existiert der Dachverband „Türkische Konföderation in Europa“ („Avrupa Türk Konfederasyon“, ATK). Er besteht aus der ADÜTDF und neun weiteren nationalen Vereinigungen.

Ein weiterer Dachverband der „Ülkücü-Bewegung“ ist die „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa“ („Avrupa Türk İslam Birliği“, ATİB) mit Sitz in Köln. Sie hat sich 1987 von der



Logo der ADÜTDF

ADÜTDF abgespalten, ohne dass jedoch eine ideologische Neuausrichtung erfolgt wäre. Die ATIB steht für einen stärker islamisch-religiös orientierten Teil der „Ülkücü-Bewegung“. In Niedersachsen sind ATIB-Vereine mit angegliederten Moscheen in Hannover, Osnabrück und Salzgitter ansässig.

Neben den Dachverbänden gibt es zudem eine quantitativ und qualitativ bemerkenswerte, aber schwer fassbare unorganisierte „Ülkücü“-Szene. Dabei handelt es sich um Aktivistinnen und Aktivisten, die einzeln oder in kleinen Strukturen rechtsextremistische Bestrebungen entfalten. Insbesondere im Internet und den sozialen Netzwerken sind rechtsextreme Symbolik, Mobilisierung und Hetze festzustellen. Die Sozialen Medien sind hier – allen voran für in Deutschland geborene und aufgewachsene türkischsprachige Jugendliche – eine wichtige Plattform. In dieser Szene steht nicht die Anbindung an eine Partei im Vordergrund, sondern lediglich eine loyale Grundeinstellung gegenüber nationalistischen rassistischen Denkmustern und Parteiarbeit in der Türkei. Aktuelle Ereignisse in der Türkei werden über die Sozialen Medien wie Instagram, Facebook oder TikTok thematisiert. Dabei wird insbesondere mit kurdischstämmigen Türken über reale, aber auch Fake-Accounts kommuniziert, beleidigt und gestritten.

Mittelfristige Auswirkungen des Verbots der „Grauen Wölfe“ in Frankreich

Die Ortsvereine der Dachorganisationen der „Ülkücü-Bewegung“ entwickelten in Deutschland auch 2022 relativ wenig Außenwirkung. Neben der Corona Problematik dürfte dafür vor allem das Verbot der „Grauen Wölfe“ in Frankreich noch immer ausschlaggebend sein.

Am 04.11.2020 hatte die französische Regierung unter Bezugnahme auf das französische Gesetz über die innere Sicherheit die „Ülkücü-Bewegung“ aufgrund ihrer gemeinsamen Erkennungszeichen („Wolfsgruß“, Flagge usw.) als Gruppierung eingestuft. Zugleich hatte sie festgestellt, dass diese Bewegung wiederholt gewaltsame und bewaffnete Demonstrationen provoziert und zu Hass und Gewalt gegen Armenier aufgerufen habe.

Die westeuropäische „Ülkücü“-Szene, die sich länderübergreifend als Organisation patriotisch gesinnter Türken versteht, reagierte mit

Ablehnung und Unverständnis auf die französische Entscheidung. Innerhalb der deutschen Szene sind allerdings weiterhin keine nennenswerten aktiven Reaktionen auf das „Ülkücü“-Verbot in Frankreich erkennbar.

Gerade die verbandlich organisierte „Ülkücü“-Anhängerschaft verhält sich weiterhin äußerst zurückhaltend. Sie wird vielmehr weiterhin regelmäßig innerhalb ihrer Organisationen zu Mäßigung und gesetzeskonformem Verhalten ermahnt.

Am 17.11.2020 – und somit unmittelbar nach dem Verbot der „Grauen Wölfe“ in Frankreich – sprach sich der Deutsche Bundestag unter der Überschrift „Nationalismus und Rassismus die Stirn bieten – Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen“ in einem parteiübergreifenden Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Prüfung eines Organisationsverbots der Vereine der „Ülkücü-Bewegung“ in Deutschland aus, um „jeder sich gegen die Werte unseres Grundgesetzes, den Gedanken der Menschenwürde und der Völkerverständigung richtenden Aktivität rechtsstaatlich konsequent entgegenzutreten.“ Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, die Aktivitäten der Bewegung insbesondere in Deutschland genau zu beobachten und ihnen mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegenzuwirken. Die Entscheidung der Bundesregierung steht derzeit noch aus.

Aktivitäten in Niedersachsen

Die regionalen Vereine, die der „Ülkücü-Bewegung“ zugerechnet werden, organisieren regelmäßig Treffen zu bestimmten Anlässen. Auf diese Weise wird der patriotische Zusammenhalt der Gemeinschaft – ein türkisch nationalistisches Zusammengehörigkeitsgefühl – gefördert. Auch werden zu bestimmten wichtigen Festtagen, wie z. B. dem religiösen Fastenbrechen oder zum Zuckerfest, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeladen, um ein vermeintlich enges soziokulturelles Zusammenleben aufzuzeigen. Das Aktionspektrum in den Vereinsräumlichkeiten ist vielfältig. Um das ideologische Gedankengut zu festigen und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken, gehören sowohl kulturelle und familiäre Feste als auch nationale oder religiöse Feierlichkeiten zur Tagesordnung. So werden z. B. seit Jahren Gedenkveranstaltungen für den Urvater Türkes

ausgerichtet, insbesondere sein Todestag am 4. April wird in den Vereinen gewürdigt.

Seit Jahren wird deutlich, dass der beschriebene Aktionismus zwar vordergründig kulturell und religiös geprägt ist; es schwingt in der Regel aber eine Überhöhung des türkischen Nationalismus mit, z. B. durch die Ausgestaltung der Räumlichkeiten mit Flaggen und Symbolen sowie durch die ausgewählte Musik.

Veranstaltungen dieser Art zeigen, dass die der „Ülkücü-Bewegung“ zuzurechnenden Vereine zwar bemüht sind, sich nach außen als sozial und engagiert darzustellen. Sie versuchen aber auch, unter Außerachtlassung demokratischer Grundprinzipien, das Wohl und den Schutz der kulturellen und religiösen Werte beizubehalten, nationalistische Werte hervorzuheben und die Anhänger, insbesondere die Jugendlichen, an sich zu binden und im Sinne der „Ülkücü“-Ideologie zu sozialisieren.

Im Internet wird die ganze Bandbreite der Bewegung und ihrer Anhängerinnen und Anhänger offenbar – häufig in drastischen Bildern und Worten. Viele der meist jugendlichen Anhängerinnen und Anhänger bekräftigen in ihrer Selbstdarstellung über das Internet eine rassistische, kulturelle und mitunter auch religiöse Überlegenheit.

Das Vorgehen der türkischen Armee in den kurdisch besiedelten Gebieten in Nordsyrien und im Nordirak – in den letzten Jahren gab es mehrere beachtliche Offensiven – wertete die „Ülkücü-Bewegung“ positiv, da dadurch die Autonomiegebiete an der türkischen Südgrenze beseitigt würden und sie somit nicht mehr die Souveränität und Integrität des türkischen Staates bedrohen könnten. Entsprechend gab es immer wieder Spannungen zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der „Ülkücü-Bewegung“ und der PKK.

Oft verlagern sich seit der Corona-Pandemie die Konfrontationen zwischen nationalistischen und linksextremistischen türkischstämmigen Personen bzw. PKK-Sympathisierenden ins Internet. Das zeigt sich auch auf den Social Media-Accounts des Niedersächsischen Verfassungsschutzes bei Instagram und Twitter. Auf Info-Beiträge zur „Ülkücü-Bewegung“ und zur PKK reagierte die

jeweilige Gegenseite mit abschätzigen und teilweise herablassenden Kommentaren.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die politischen Entwicklungen in der Türkei sind für die „Ülkücü-Bewegung“ in der Bundesrepublik Deutschland wichtiger Impulsgeber. Eine ausgeprägte nationalistische Ausrichtung der Vereine in Deutschland, die gerade seit der politischen Allianz zwischen AKP und MHP bei der Anhängerschaft zugenommen hat, verstärkt dabei eine Abkehr von Integration. Auch die aktuelle innenpolitische und wirtschaftlich sehr problematische Lage in der Türkei führt bislang nicht zu einer nennenswerten Abkehr der „Ülkücü“-Anhängerschaft von der türkischen Regierung.

Bisher zeigen die Appelle der Vereine, Provokationen nicht in Gewalt ausarten zu lassen, überwiegend ihre Wirkung. Von den Dachverbänden sind auch weiterhin keine unfriedlichen Aufrufe zu erwarten, man bleibt um die Außendarstellung einer legalen positiven Vereinsarbeit bemüht. Als Träger der extremistischen Ideologie fördern aber auch die Vereine die grundsätzliche Bereitschaft einzelner Anhängerinnen und Anhänger, Gewalt und Provokationen gegen die vermeintlichen Feinde spontan auszuleben.

Vor dem Hintergrund andauernder militärischer Einsätze der Türkei gegen die PKK und auch verstärkt durch die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei im Mai 2023, muss weiterhin im gesamten Bundesgebiet mit Spannungen zwischen der PKK-Anhängerschaft, linksextremistischen Türken und der „Ülkücü“-Anhängerschaft gerechnet werden.

Rund um die türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wird seitens der widerstreitenden Szenen eine verstärkte propagandistische und aggressive Agitation – nicht nur im Vorfeld der Wahlen, sondern wahrscheinlich auch längere Zeit danach – sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt erfolgen.